

Antidiskriminierungsgesetz: Chancengleichheit fuer Seniorinnen und Senioren

08. Maerz 2005 - Anlaesslich der Anhoerung zum Antidiskriminierungsgesetz im Deutschen Bundestag erklaren die Sprecherin der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion, Christel Humme, sowie die Berichterstatterin fuer den Bereich Senioren, Angelika Graf:

Die Anhoerung zum Antidiskriminierungsgesetz (ADG) macht deutlich, wie dringlich dieses Gesetz von den Betroffenen erwuenscht wird. Das grosse Interesse an der Anhoerung sowie die Stellungnahmen vieler eingeladener Verbaende und Experten zeigen die gesellschaftliche Notwendigkeit fuer eine Antidiskriminierungskultur in Deutschland, die die Einbindung aller gesellschaftlichen Kraefte erfordert.

Wir freuen uns daher sehr, dass sogar einige der CDU-nahen Experten die vorgesehene Antidiskriminierungsstelle des Bundes begruessen. Diese Stelle wird durch einen Beirat beraten, in dem wichtige gesellschaftliche Kraefte, darunter die Tarifpartner, vertreten sind. Ein Faktum, das anlaesslich der geringen und leider sinkenden Erwerbsbeteiligung der ueber 55-jaehrigen von grosser Bedeutung sein wird. Wir stimmen deshalb den Seniorenverbaenden und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zu, wenn sie angesichts der aktuellen Diskussionen um aeltere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Abbau von Benachteiligungen fuer aeltere Menschen einfordern.

Insbesondere die Arbeitgeber als auch die Versicherungswirtschaft sind in Bezug auf Altersdiskriminierungen staerker zu sensibilisieren. Doch auch Stiftungen oder die oeffentliche Hand muessen fuer einen sorgfaeltigeren Umgang mit Hochstaltersgrenzen bei Einstellungen und Foerderprogrammen gewonnen werden - das ist gerade angesichts der steigenden Lebenserwartung unverzichtbar.

Das Antidiskriminierungsgesetz soll ungerechtfertigte Benachteiligungen und diskriminierende Praktiken gegenueber Senioren gezielt beseitigen. Die Opposition negiert jeglichen Handlungsbedarf fuer diskriminierte Bevoelkerungsgruppen, sie verweigert sich der Realitaet. Die Kritik der CDU, die Familie waere im Gesetzentwurf nicht einbezogen, zeigt das reduzierte Verstaendnis der CDU von Familie: Die CDU/FDP-Opposition realisiert nicht, dass auch Senioren, Frauen, Homosexuelle, Behinderte und auslaendische Mitbuerger immer auch Familienmitglieder sind. Immerhin hat sich der CDU-Kollegen Hubert Hueppe durch seine Frage an die Behindertenverbaende als Befuerworter des ADG geoutet.

Die Anhoerung zum Antidiskriminierungsgesetz macht deutlich, dass das Gesetz die Sensibilisierung insbesondere fuer offensichtliche und besonders deutliche Diskriminierungstatbestaende zum Ziel hat. Eine Klageflut ist nicht zu befuerchten, ebenso wenig wie eine uebermaessige Belastung der Wirtschaft. Die Grundsaeetze der Vertragsfreiheit bleiben gewahrt. Das hat die Mehrheit der Experten in der Anhoerung bestaetigt.

Das Gesetz bietet die Chance fuer eine humane Antidiskriminierungskultur im europaeischen Rahmen.